



GEMEINDEAMT PÖRTSCHACH AM WÖRTHER SEE

pol. Bezirk: Klagenfurt-Land

9210 Pörschach am Wörther See, Hauptstraße 153

Tel.: 04272 / 2810; E-Mail: poertschach@ktn.gde.at

www.poertschach.gv.at

Zahl: GR/19

Sachbearbeiter: Ing. Stefan Pinter

Pörschach, am 05.12.2023

NIEDERSCHRIFT - öffentlicher Teil zur 19. Sitzung des Gemeinderates

am Freitag, den 01.12.2023
im Lesesaal im Gemeindeamt

Beginn: 09:00 Uhr

Anwesende Personen:

Bürgermeisterin:

Mag. Silvia Häusl-Benz ÖVP

Gemeinderatsmitglieder:

Birgit Alberer	SPÖ	
Mag. Sebastian Dernoschnig	ÖVP	
Ramona Diexer	ÖVP	
Mario Gappnig	SPÖ	
Erich Göbel	GRÜNE	bis 10:58 Uhr
Gabriele Hadl	GRÜNE	bis 10:55 Uhr
Renate Haider	FPÖ	
Klaus Köfer	ÖVP	
Mst. Christian Kolbitsch	ÖVP	
Harald Josef Korak	FPÖ	ab TOP 4
Raphael Mack	ÖVP	
Dieter Mikula	FPÖ	
Christoph Neuscheller	ÖVP	
Florian Pacher	FPÖ	
Robert Schandl	ÖVP	
Sabine Scholl	ÖVP	

Ersatz-Gemeinderäte:

Harald Derhaschnig	SPÖ	Vertretung für Herrn Martin Gressl
Ing. Peter Flaschberger	ÖVP	Vertretung für Herrn Oliver Faeser

Amtsleiter:

Ing. Stefan Pinter, BSc, MA

Amtsschriftführerin:

Melanie Wigoschnig, BA MSc.

Abwesende Personen:

Gemeinderatsmitglieder:

Oliver Faeser	ÖVP	berufliche Gründe
Martin Gressl	SPÖ	berufliche Gründe

Vor Behandlung der Tagesordnung wird eine Fragestunde gem. §§ 46-49 K-AGO abgehalten.

GR Haider vom 22.11.2023 um 11:46 Uhr

Frage 1:

Wie hoch waren die anteiligen Kosten für den Zubau (Aula) im Rahmen der Sanierung der Volksschule?

Antwort 1:

Im Moment ist es nicht möglich, eine Abgrenzung in geforderter Genauigkeit zwischen Neubau und Umbaukosten für o.g BVH aufzustellen. Dies wird im Rahmen der Endabrechnung der Bundesförderung erfolgen.

Frage 2:

Wie hoch war die Anzahl der Überstunden der Mitarbeiter des Zentralamtes in den Jahren 2022 und 2023 bis 30.11.2023.

Antwort 2:

Angefallene Überstunden Zentralamt: (November nicht inkludiert)

2022

Ü 50 241,33, Ü100 54,6, Ü200 6,41

2023

Ü 50 185,08, Ü100 58,12, Ü200 17,29

GR Mikula vom 23.11.2023 um 22:05 Uhr

Frage 1:

Warum war die Gemeindeführung seit der letzten Gemeinderatssitzung nicht in der Lage, das Autowrack oder wenigstens den Müll im und rund um das Autowrack in der Autobahnunterführung an der Gaisrückenstraße zeitnah zu entsorgen?

Antwort 1:

Das Autowrack befindet sich nicht auf einer Grundfläche der Gemeinde Pörschach am Wörther See sondern auf einem Grundstück der ASFINAG. Eine Besitzstörung kann nur der Grundeigentümer einbringen. Die ASFINAG wurde über dieses Problem informiert, aber leider bisher nicht tätig. Eine Entfernung des Autos durch die Gemeinde kann zu Schadenersatzforderungen des Eigentümers führen.

Zusatzfrage GR Göbel: Gab es bisher diesbezüglich keine Rückmeldung der Asfinag?

Antwort: Nach Rücksprache mit Hrn Zanker und einem Telefonat mit der Asfinag wird der vorliegende Sachverhalt von der Asfinag nochmals geprüft.

Zusatzfrage GR Mikula: Wieso dauert es drei Wochen bis der Müll entsorgt wird?

Antwort: Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der Bauhof bereits mit den Aufgaben sehr ausgelastet ist und überdies Privatgründe nicht vom Bauhof gereinigt werden können.

Frage 2:

Wie könnte der Gemeinderat die mittels Verordnung festgelegten Gemeindeabgaben (Wasser, Kanal, Müll) rückwirkend reduzieren?

Antwort 2:

Nach Rücksprache mit der Abteilung 3 sind diese nachträglich nicht zulässig, sondern nur ab Zeitpunkt der Verlautbarung oder eines Termins in die Zukunft gerichtet. Alle Details werden in dem Ausschuss in einem selbstständigen Antrag behandelt.

GV Pacher vom 23.11.2023 um 23:19 Uhr

Frage 1:

Was hat die Bürgermeisterin in den letzten 15 Monaten seit der Beschlussfassung im August 2022 unternommen, um die Einführung des Pörschacher Sozialfonds umzusetzen?

Antwort 1:

Wie im August 2022 beschlossen, wurde der Finanzleiter angewiesen die 15000,- Euro in den Voranschlag 2023 aufzunehmen. Bei der Voranschlagsüberprüfung wurde vom Revisor darauf hingewiesen, dass freiwillige Leistungen wie z.B. der Sozialfond kritisch gesehen werden und es keine Freigabe (Genehmigung) vom Land geben würde. Außerdem gab es auch noch keine Richtlinien. Da die Beratungen über die Richtlinien im SKS-Ausschuss bis September 2023 dauerten, wurden keine weiteren Entscheidungen getroffen. Deshalb wurden diese 15000,- Euro als Gesamteinlage des Fonds im Dezember gestrichen.

Gerne möchte ich noch anfügen, dass ich als Bürgermeisterin sehr froh bin, dass es für die meisten Fälle Unterstützungen vom Land gibt. Auf diese werden die Bürger von unserem Mitarbeiter hingewiesen. Sie sind auch kompakt im „Sozialratgeber“ von LR Beate Prettnner sehr übersichtlich beschrieben. In der Vergangenheit wurde auch immer wieder Geldleistungen über die Verfügungsmittel von mir als Bürgermeisterin an Betroffene freigegeben, sowie persönliche Spenden. Dies erfolgt für in Not geratenen Pörschachern diskret und unbürokratisch ohne komplizierte Richtlinien. Dies möchte ich auch in Zukunft so handhaben. Zudem gibt es auch noch etliche andere Einrichtungen und Vereine, mit welchen ich seit Jahren gut zusammenarbeite. Erst Anfang dieses Jahres wurde in Pörschach der Verein Kiwanis gegründet, welcher schon in kurzer Zeit einer Pörschacher Familie mit einem behinderten Kind diskret helfen konnte.

Zusatzfrage GR Göbel: Warum wurde der Pörschacher Sozialfonds vom Land zurückgewiesen?

Antwort: Die Vorsitzende gibt an, dass es keine Zurückweisung gegeben habe, sondern Prioritäten gesetzt werden, die budgetiert werden müssen. Hierbei handelt es sich um eine freiwillige Leistung, für welche keine endgültige Richtlinie vorlag.

Zusatzfrage GV Pacher: Wieso wurde das entsprechende Geld nicht budgetiert, obwohl die dazugehörigen Beratungen abgeschlossen gewesen sind?

Antwort: Die Vorsitzende gibt an, dass es aufgrund dessen, dass es sich hier um eine freiwillige Leistung handle, nicht im Voranschlag budgetiert worden ist.

Frage 2:

Wann werden die, längst überfälligen, nächsten Schritte gesetzt, um den einstimmigen Beschluss zur Wiedereinführung eines Fußgängerübergangs vor der Gemeinde vom 22.12.21 endlich umzusetzen?

Antwort 2:

Der Tagesordnungspunkt befindet sich auf der nächsten Gemeindevorstandssitzung am 4.12.2023, da noch das Geld im Nachtragsvoranschlag von 20.000,- Euro eingearbeitet werden musste. Vom Amt aus wurde alles perfekt vorbereitet sowie in den letzten Jahren die Maßnahmen gesetzt angefangen mit der neuen Bushaltestelle beim Bahnhof, die Änderung des Busplans und Entfernung der Markierungen sowie der notwendigen Genehmigungen. Wegen dem Winter und der Witterung werden wir im Frühjahr mit der Umsetzung, nach erfolgtem positivem Beschluss, beginnen.

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestellung von zwei Gemeinderatsmitgliedern zur Mitunterfertigung der Niederschrift gemäß § 45 Abs. 4 der K-AGO
3. Angelobung eines Mitglieds des Gemeinderats
4. Neuwahlen in die Ausschüsse des Gemeinderats

Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Ausschusses für Soziales, Kultur und Sport

5. Antrag an den Gemeinderat - Richtlinie zur Vergabe des Pörschacher Sozialfonds

Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Gemeindevorstandes

6. Antrag an den Gemeinderat - Ersatzlose Aufhebung des Beschlusses zur Einrichtung eines Sozialfonds vom 24.08.2022
7. Allfälliges
8. Bericht Bürgermeisterin
9. Anfragen und Anträge

Verlauf der Sitzung

I. Öffentlicher Teil der Sitzung

1. Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die GemeinderätInnen und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Weiters berichtet sie, dass die Einladung ordnungsgemäß nach den Bestimmungen der K-AGO kundgemacht wurde.

2. Bestellung von zwei Gemeinderatsmitgliedern zur Mitunterfertigung der Niederschrift gemäß § 45 Abs. 4 der K-AGO

Die Vorsitzende stellt den Antrag, die Mitglieder Vzbgm Schandl und EGR Derhaschnig gemäß § 45 Abs. 4 K-AGO für die Unterfertigung zu bestellen.

Beschluss: mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (16)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Ing. Peter Flaschberger, Mario Gappnig, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Raphael Mack, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Harald Derhaschnig,

Gegenstimme(n) (2)

Gabriele Hadl, Erich Göbel

3. Angelobung eines Mitglieds des Gemeinderats

Vor Angelobung des entsprechenden Gemeinderatsmitgliedes verweist die Vorsitzende auf die in diesem Zusammenhang im Amt eingelangten Verzichtserklärungen und einen Aktenvermerk ihrerseits (Anlagen 1-3).

Die Vorsitzende bittet Herrn Korak zur Ablegung des Gelöbnisses nach vorne zu treten und verliest anschließend das Gelöbnis:

„Ich gelobe, der Verfassung, der Republik Österreich und dem Land Kärnten Treue zu halten, die Gesetze zu beachten, für die Selbstverwaltung einzutreten, meine Amtspflicht unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, die mir obliegende Verschwiegenheit zu wahren und das Wohl der Gemeinde nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.“

Daraufhin legt GR Korak als neugewähltes Gemeinderatsmitglied mit „Ich gelobe“ das Gelöbnis vor dem Gemeinderat ab und unterfertigt anschließend die Niederschrift – Anlage 4.

4. Neuwahlen in die Ausschüsse des Gemeinderats

Der Wahlvorschlag der FPÖ wird im Rahmen der Gemeinderatsitzung unterfertigt vorgelegt – Anlage 5. Die Vorsitzende erklärt sodann aufgrund des eingebrachten Wahlvorschlages nachstehende Mitglieder des Gemeinderates für gewählt:

Pflichtausschuss:

- Ausschuss für die Kontrolle der Gebarung:

Mitglied: Harald Korak, geb. 1974, Wassermeister

statt

Mitglied: Dorothea Lang, geb. 1955, Landwirtin

Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Ausschusses für Soziales, Kultur und Sport

5. Antrag an den Gemeinderat - Richtlinie zur Vergabe des Pörschacher Sozialfonds

Sachverhalt:

Der Verhandlungsgegenstand wurde in mehreren SKS-Sitzungen besprochen und immer wieder zur Beratung in die Fraktionen verwiesen. In der 12. SKS-Sitzung wurde der vorliegende Entwurf mehrheitlich positiv vorberaten.

In der 43. GV-Sitzung wurde dieser Tagesordnungspunkt jedoch mehrheitlich negativ vorberaten mit der Begründung, dass von Seiten des Landes und des Bundes bereits Hilfeleistungen angeboten werden und auch in der Vergangenheit immer wieder Geldleistungen über die Verfügungsmittel der Bürgermeisterin an Betroffene freigegeben wurden. Zudem gebe es auch noch etliche andere Einrichtungen.

GV Pacher gibt an, dass dieser Sachverhalt bereits über einen längeren Zeitraum besprochen wurde und eine fertige Richtlinie bereits im SKS-Ausschuss vorgelegt, zur Kenntnis gebracht und diskutiert wurde. Während des gesamten Prozesses bisher wurden die damit verbunden Für und Wider dieses Beschlusses abgewägt und auch Rücksprache mit dem Land Kärnten gehalten. Auch gemäß Angaben von AL Pinter sei der Beschluss im Zusammenhang mit der vorliegenden Richtlinie vom Amt umsetzbar. GV Pacher gibt überblicksmäßig den bisherigen Verlauf des Antrages an. Schlussendlich wurde dieser Antrag im Gemeindevorstand

vorberaten und wurde vereinbart, dass derartige Sozialleistungen möglich schnell und unbürokratisch angeboten werden müssten. Deshalb wurde die Richtlinie dahingehend adaptiert, dass die Bürgermeisterin dazu ermächtigt wird, gemeinsam mit dem AL Pinter in Form des 4-Augen-Prinzips derartige Sozialleistungen zu vergeben. Anschließend sei die Vorsitzende dazu verpflichtet, dies dem Gemeindevorstand zu berichten.

Vzbgm Köfer berichtet, dass dieser Antrag mehrfach beraten wurde. Er bestätigt, dass die Richtlinie, sofern diese in der aktuellen Gemeinderatssitzung beschlossen wird, mit 1. Jänner in Kraft treten würde. Zudem weist er jedoch darauf hin, dass hierfür kein Budget zur Verfügung stehen würde und gibt er an, dass er entgegen dem gegenständlichen Sozialfonds einen Notfallfonds begrüßen würde, wozu er anschließend auch in Aussicht stellt einen Zusatzantrag einzubringen.

GR Gappnig sieht es als erforderlich, dass Personen, die in eine derartige Notsituation geraten, Hilfeleistung von der Gemeinde in Anspruch nehmen können. Er appelliert, dass dieser Antrag damals im Gemeinderat als positiv empfunden wurde und demnach auch umgesetzt werden soll.

GR Hadl weist auf die kollegiale Zusammenarbeit im SKS-Ausschuss aller Fraktionen hin. Nun verstehe sie nicht, weshalb dieser Sozialfonds schlussendlich nicht umgesetzt und stattdessen ein Notfallfonds eingerichtet werden soll.

Die Vorsitzende erteilt GR Hadl einen Ordnungsruf, da diese Vzbgm Köfer persönlich angreift. Daraufhin entsteht eine kurze Diskussion und verlässt GR Hadl schlussendlich das Podest. Zudem erteilt die Vorsitzende auch Vzbgm Köfer einen Ordnungsruf, da dieser nochmals GR Hadl verbal angreift.

GR Alberer gibt an, dass betroffene Personen sofortige Hilfeleistungen benötigen und sie deshalb nicht zustimmen wird. Diese Personen haben auch Scham diese Leistungen anzusuchen, da sie in diesem Zusammenhang auch sehr persönliche Informationen bekanntgeben müssten. Sie empfindet die Umsetzung des gegenständlichen Tagesordnungspunktes als zu langwierig.

GR Mikula bekundet, dass die heutige Sitzung einberufen werden musste, damit dieser Antrag behandelt wird. Daraufhin erteilt die Vorsitzende ihm einen Ruf zur Sache.

Überdies kritisiert er, dass der vorliegende Sozialfonds abgeschafft und im gleichen Atemzug ein neuer Fond von Vzbgm Köfer eingebracht wird.

GR Neuscheller gibt an, dass die Richtlinie zu kompliziert sei. Er selbst ist oft in Sozialausschüssen tätig und schließt sich GR Alberer an. GR Neuscheller stellt überdies in Aussicht, dass er diesem Fonds nicht zustimmen werde, da hierfür auch kein Budget vorhanden und eine Umsetzung anhand der vorliegenden Richtlinien sehr bürokratisch sei.

GV Pacher weist nochmals daraufhin, dass persönliche Daten sehr sorgsam behandelt werden sollen und demnach die Geheimhaltung und der Schutz der Personen gewahrt werden könne. Überdies bietet er an, den Antrag nochmals im zuständigen Ausschuss zu geben, um die vorgebrachte Kritik zu beraten und einzuarbeiten.

GR Scholl verlässt um 09.41 ihren Platz im Gemeinderat und nimmt in kurz darauf wieder ein.

GR Göbel sieht es als gleichgültig, wie der Fonds genau genannt wird und wer ihn einbringt.

GR Mack stellt in Aussicht, dass er dem Tagesordnungspunkt nicht zustimmen werde. Eine derartige Hilfeleistung muss seiner Ansicht nach akut und diskret behandelt werden.

Vzbgm Schandl stellt einen Antrag zur Geschäftsbehandlung, um diesen Tagesordnungspunkt zur Abstimmung zu bringen.
--

Beschluss: mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (12)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Ing. Peter Flaschberger, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Raphael Mack, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Harald Derhaschnig,

Gegenstimme(n) (7)

Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher,

GR Hadl stellt in Aussicht, dass sie ihr heutiges Sitzungsgeld dem roten Kreuz spenden werde.

GV Pacher stellt einen Antrag zur Geschäftsbehandlung auf Zurückweisung des Beschlussgegenstandes in den Ausschuss.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (7)

Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Gegenstimme(n) (12)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Ing. Peter Flaschberger, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Raphael Mack, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Harald Derhaschnig,

Beschlusstext:

*Der Gemeinderat möge beschließen:
Der Gemeinderat beschließt die vorliegende Richtlinie zur Vergabe des Pörschacher Sozialfonds, welche mit Beginn des auf den Beschluss folgenden Monats in Kraft tritt (= § 8 Abs. 1).*

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (7)

Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Josef Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Gegenstimme(n) (12)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Raphael Mack, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Harald Derhaschnig, Ing. Peter Flaschberger,

Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Gemeindevorstandes

6. Antrag an den Gemeinderat - Ersatzlose Aufhebung des Beschlusses zur Einrichtung eines Sozialfonds vom 24.08.2022

Sachverhalt:

Aufgrund der negativen Vorberatung in der 43. GV-Sitzung am 11.09.2023 zum TOP „Richtlinie zur Vergabe des Pörschacher Sozialfonds“ wurde im Zuge eines selbstständigen Antrages des Gemeindevorstandes der Antrag an den Gemeinderat gestellt, den Beschlusstext der Gemeinderatssitzung vom 24.08.2022 und dessen Zusatzantrag aufzuheben.

Die Vorsitzende gibt an, dass sie bereits über mehrere Jahre stets bedürftigen Personen in Notlagen auch über ihre Verfügungsmittel Hilfe angeboten habe. Deshalb stellt sie in Zuge des Zusatzantrages der ÖVP in Aussicht, dass sie über ihre Verfügungsmittel Leistungen anbieten werde.

Daraufhin bringt die Vorsitzende nachfolgenden Zusatzantrag der ÖVP ein (Anlage 6):
Der Gemeinderat beschließt, dass von den Verfügungsmittel die Bürgermeisterin garantiert jährlich mindestens € 5.000,- für die „SOFORT NOTHILFE“ aus ihren Verfügungsmittel zur Verfügung zu stellen. Nicht verwendete Mittel werden in der letzten Dezemberwoche auf Pörtschacher Vereine aufgeteilt.

Vzbgm Köfer weist darauf hin, dass diese Leistung eine unbürokratische Hilfe von der Bürgermeisterin sei und diese Mittel im Haushalt nicht vom Land gestrichen werden können. Er stellt in Aussicht, dass über den Sozialfond nochmals nächstes Jahr beraten werden könne, sobald eruiert wurde, welcher Geldbetrag tatsächlich für Sozialleistungen zur Unterstützung von Pörtschacher ausgegeben wurde.

GR Gappnig sieht es als wertvoll Personen in Notsituationen zu helfen und empfindet es als unwichtig unter welchem Deckmantel dies erfolgen soll. Für ihn sei es lediglich bedeutsam, dass eine derartige Hilfe in Notsituationen angeboten wird.

GR Hadl bekundet ihre Freude darüber, dass eine Hilfe angeboten werden kann. Sie empfindet die Vorgehensweise der Bürgermeisterin als kritisch, da dies eine subjektive Verteilung befürworten würde. Zusätzlich bittet sie um eine kurze Unterbrechung um gemeinsam einen derartigen Zusatzantrag formulieren zu können, um diesen Notfallfonds auf ein Jahr zu befristen.

GR Mikula bekundet seine Empörung darüber, dass nach langer Beratungsphase die Bürgermeisterin mittels ihrer Verfügungsmittel dies finanzieren möchte. Er sieht dies als parteipolitisch und falsch.

GR Haider empfindet den Zusatzantrag der Bürgermeisterin als positiv und weist darauf hin, dass sie im Lions Club in Velden ist und dieser auch Hilfeleistung in Notlagen bietet.

Vzbgm Köfer gibt auch an, dass er im Kiwanis Club ist und auch dieser Hilfe für Betroffene anbietet.

GV Pacher gibt an, dass dies bereits weit zuvor von der Bürgermeisterin eingebracht werden hätte können. Er empfindet es zwar als positiv, dass nun € 5.000,- von den Verfügungsmittel geleistet werden, jedoch sei dies nur ein Drittel dessen, was beschlossen hätte werden sollen. Schlussendlich schlägt er vor, dass im Gemeindeamt Pörtschach sämtliche Organisationen, die in Notlagen Hilfeleistungen bieten, namentlich angeführt und Betroffenen ausgegeben werden sollen. Zusätzlich bezieht sich GV Pacher auf eine beantwortete Anfrage, die er an die Bürgermeisterin gestellt hat. In dieser Anfrage ging es darum eine Übersicht über die ausgegebenen Verfügungsmittel der Bürgermeisterin im Zeitraum vom 01.01.2016 bis 24.08.2023 zu erhalten. GV Pacher gibt auch an, dass die Verfügungsmittel der Bürgermeisterin im Jahr 2023 bei rund € 52.000,- liegen, über welche die Bürgermeisterin verfügen darf. Bis Ende August habe sie von den insgesamt € 288.000,- €206.000,- ausgegeben und der darin enthaltene Anteil für Soziales läge bei €1.200,-, was 0,6 Prozent entspricht.

GR Diexer weist darauf hin, dass es genau bei diesem Antrag um Menschlichkeit gehe. Sie empfindet den vorliegenden Zusatzantrag als einen Schritt in die richtige Richtung. Überdies kritisiert sie die mit den Richtlinien verbundene Komplexität und appelliert das Miteinander zu verbessern.

Die Vorsitzende gibt an, dass sie entgegen der Behauptung von GV Pacher stets versucht hat sehr unpolitisch zu handeln und habe sie immer versucht zu helfen. Die Verfügungsmittel, die in den letzten Jahren nicht ausgegeben wurden, seien in den Haushalt der Gemeinde geflossen und möchte sie mit den Verfügungsmitteln, die am Ende des Jahrs übrig bleiben nun Vereine und Pörtschacher in Notlagen unterstützen. Zudem gibt sie an, dass die Verfügungsmittel, die Bürgermeistern zur Verfügung gestellt werden, anhand eines gesetzlich festgelegten Prozentsatzes berechnet werden, auf den sie als Bürgermeisterin keinen Einfluss habe. Zudem sieht sie nun die Handhabe zur Unterstützung von Betroffenen über die Verfügungsmittel als optimal.

GR Hadl stellt einen Antrag zur Geschäftsbehandlung die Sitzung zu unterbrechen, um einen Zusatzantrag formulieren und einbringen zu können. Gleichzeitig stellt GR Schandl einen Antrag zur Geschäftsbehandlung, um die Diskussion des Tagesordnungspunktes zu beenden.

Daraufhin wird der Antrag zur Geschäftsbehandlung von GR Hadl zuerst abgestimmt.

Beschluss: mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (12)

Birgit Alberer, Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Mst. Christian Kolbitsch, Harald Korak, Raphael Mack, Dieter Mikula, Sabine Scholl, Florian Pacher, Harald Derhaschnig,

Gegenstimme(n) (7)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Ing. Peter Flaschberger, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl,

Daraufhin wird die Sitzung von 10.13 bis 10.20 unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung berichtet die Vorsitzende über einen Vorfall, der sich in der Unterbrechung zugetragen hat, da sie gesehen habe, dass einer der anwesenden Gemeinderäte mit dem privaten Telefon Tonaufnahmen angefertigt habe. Schließlich weist die Vorsitzende alle anwesenden Gemeinderäte nochmals darauf hin, dass dies nicht erlaubt und ausdrücklich zu unterlassen sei.

Anschließend bringt die Vorsitzende den Antrag zur Geschäftsbehandlung von Vzbgm Schandl, um Schluss der Debatte zur Abstimmung.

Beschluss: mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (14)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Ing. Peter Flaschberger, Mario Gappnig, Erich Göbel, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Raphael Mack, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Harald Derhaschnig,

Gegenstimme(n) (5)

Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher,

GV Pacher stellt einen Antrag zur Geschäftsbehandlung, um einen Zusatzantrag zu diesem Tagesordnungspunkt einzubringen.

Anschließend bringt GV Pacher nachfolgenden Zusatzantrag ein (Anlage 7):

Der Gemeinderat wolle beschließen:

„Die Auszahlung erfolgt durch die Pflegekoordinatorin, sofern diese dem zustimmt.“

GR Hadl stellt einen Antrag zur Geschäftsbehandlung, um einen Zusatzeintrag hierzu einzubringen.

Anschließend bringt GR Hadl nachfolgenden Zusatzantrag ein (Anlage 8):

Der Gemeinderat möge beschließen, der Zusatzantrag der ÖVP, „SOFORT NOTHILFE“ wie folgt abzuändern bzw. zu ergänzen:

„Dieser Beschluss gilt nur für das Jahr 2023. Dieses System soll im Jahr 2024 neu aufgesetzt werden.“

Vor Abstimmung der eingebrachten Zusatzanträge, bringt die Vorsitzende den Hauptantrag zur Abstimmung.

Beschlusstext:

*Der Gemeinderat möge beschließen:
Der Gemeinderat hebt den GV-Beschluss vom 24.08.2022 „Der Gemeinderat beschließt die Einrichtung eines Sozialfonds zur Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern, die aufgrund der aktuellen Teuerungswelle in eine finanzielle Notlage geraten. Der Fonds soll zunächst eine Gesamteinlage von 15.000 Euro haben und im Bedarfsfall aufgestockt werden können. Die Beantragung, die Kriterien, die Vergabe etc. sind im Rahmen einer zu erlassenden Richtlinie zu regeln.“, sowie den Zusatzantrag vom 24.08.2022 „Es dürfen nur Leistungen in Form von Wertgutscheinen o.Ä. vergeben werden.“ ersatzlos auf.*

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (13)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Raphael Mack, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Harald Derhaschnig, Ing. Peter Flaschberger,

Gegenstimme(n) (6)

Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Josef Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Nach Abstimmung des Hauptantrages wird der Zusatzantrag der ÖVP zur Abstimmung gebracht.

Beschluss: mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (18)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Ing. Peter Flaschberger, Mario Gappnig, Erich Göbel, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Harald Korak, Raphael Mack, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Florian Pacher, Harald Derhaschnig,

Gegenstimme(n) (1)

Gabriele Hadl,

Anschließend wird der Zusatzantrag der FPÖ zur Abstimmung gebracht.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (7)

Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher

Gegenstimme(n) (12)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Ing. Peter Flaschberger, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Raphael Mack, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Harald Derhaschnig,

Letztlich erfährt auch der Zusatzantrag von GR Hadl eine Abstimmung.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (2)

Erich Göbel, Gabriele Hadl,

Gegenstimme(n) (16)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Ing. Peter Flaschberger, Mario Gappnig, Renate Haider,

Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Harald Korak, Raphael Mack, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Harald Derhaschnig,
Enthaltungen(n) (1)
Florian Pacher,

7. Allfälliges

GR Hadl berichtet über die Veranstaltung in der FH Kärnten vom 29.11.2023 über die Quartiersentwicklung und die dahingehende Rolle des öffentlichen Raumes.

Im Zuge dessen entfacht eine Diskussion zwischen GR Hadl und GR Diexer in welcher sie sich gegenseitig verbal persönlich angreifen. Sodann erteilt die Vorsitzende beiden Gemeinderäten einen Ruf zur Ordnung.

GR Mikula bezieht sich auf die Berichterstattung in der Zeitung, welche besagte, dass bei sämtlichen Feinstaubmesswerten in Kärnten über das ganze Jahr die Werte um das Doppelte überschritten wurden. Demnach bittet er darum weiterhin darum zu kämpfen, dass entlang der Wörthersee-Autobahn Geschwindigkeitsbeschränkungen nicht aufgehoben werden.

GR Gappnig bekundet seine Freunde über die Beschlussfassung für einen Notfallfonds. Überdies ersucht er die Gemeinderatssitzung am späten Nachmittag oder am Abend anzusetzen.

8. Bericht Bürgermeisterin

Die Vorsitzende berichtet über die avisierten Termine:

- GR: 07.02.2024
24.04.2024
03.07.2024
- Termine für Masterplan:
 - KW3/2024 Dienstag, 16.01.2024, Mittwoch, 17.01.2024, Donnerstag, 18.01.2024
 - KW4/2024 Dienstag, 23.01.2024, Mittwoch, 24.01.2024, Donnerstag, 25.01.2024

Schlussendlich macht die Vorsitzende noch folgende Klarstellung zur Niederschrift der 17. GR-Sitzung vom 08.11.2023 kund:

Da die Niederschrift der 17. GR-Sitzung nicht mehr geändert werden kann, möchte ich in dieser Gemeinderatssitzung folgenden Sachverhalt klarstellen:

Aufgrund einer nachträglichen Protokollberichtigung kam es zu einer missverständlichen Formulierung unter dem TOP 5 auf Seite 13: Der Satz „Dies bestätigt die Vorsitzende“ bezieht sich nicht auf den davorstehenden nachträglich eingefügten Satz, sondern auf den vorhergehenden Satz (EGR Hirsch fordert seine Unterschrift von dem Zusatzantrag, welcher von Vzbgm. Köfer eingebracht hat zu streichen, da er es nicht einsieht, dass der Taxifahrer weiterhin die Kinder befördert.). Es wurde von mir die Streichung bestätigt. Dies ist auch in der 18. GR Sitzung Protokoll nachvollziehbar und eindeutig ersichtlich: S.13: .. da er nicht einsieht.. [“da er nicht einsieht”... ändern in:] da es nicht sein könne, dass jemand gegen den die Staatsanwaltschaft in so einer Sache ermittle weiterhin Kinder transportiere. Ihm sei von der Vorsitzenden wortwörtlich gesagt worden, der Fahrer sei nicht mehr im Einsatz

Richtigstellungen über die 18. GR: Sitzung vom 08.11.2023

GR Hadl hat zur 18.GR-Sitzung vom 08.11.2023 nachfolgendes Richtigstellungsbegehren eingebracht:

Ergänzend soll in der Fragestunde folgendes hinzugefügt werden:

Zusatzfrage GR Hadl: Sie haben von einem Umwidmungsverfahren gesprochen, die Frage war aber nach dem ÖEK. Das sind zwei verschiedene Dinge. Wie kam es also zur Änderung des ÖEK? Antwort bezieht sich wiederum aufs Umwidmungsverfahren.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (5)

Erich Göbel, Gabriele Hadl, Harald Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Gegenstimme(n) (13)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Raphael Mack, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Harald Derhaschnig,

Enthaltung(en) (1)

Ing. Peter Flaschberger,

GV Pacher hat zur 18. GR-Sitzung vom 08.11.2023 nachfolgende Richtigstellungsbegehren eingebracht:

Niederschrift	Richtigstellungsbegehren
<p><u>Seite 2, bei Frage Pacher-1:</u> Zusatzfrage von GV Pacher: Auf welcher Grundlage werden derartige Bewilligungen vergeben, da bei einigen Veranstaltungen Beschlüsse des Gemeinderates und bei anderen Beschlüssen des Gemeindevorstandes erbeten waren.</p>	<p><u>Seite 2, bei Frage Pacher-1:</u> Zusatzfrage von GV Pacher: Auf welcher Grundlage werden derartige Bewilligungen vergeben, beispielsweise auch bei privatwirtschaftlichen Veranstaltungen, da bei manchen Ansuchen Beschlüsse des Gemeinderates erbeten werden und bei anderen nicht?</p>
<p>GV Pacher meldet sich zur Geschäftsbehandlung, um die eingebrachten Richtigstellungsbegehren auf dem Beamer zu projizieren. Im Zuge dieser Äußerung greift GV Pacher den Amtsleiter persönlich, verbal an und erteilt die Vorsitzende ihm sodann einen Ruf zur Ordnung.</p>	
<p>Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.</p>	
<p><u>Abstimmungsergebnis:</u></p>	
<p>Dafür-Stimmen (6)</p>	
<p>Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher,</p>	
<p>Gegenstimme(n) (11)</p>	
<p>Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Raphael Mack, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl,</p>	
<p>Enthaltung(en) (2)</p>	
<p>Ing. Peter Flaschberger, Harald Derhaschnig,</p>	
<p><u>Seite 2, bei GO-Meldung:</u> Als die Vorsitzende die Fragestunde beenden wollte, bringt GV Pacher einen Antrag zur Geschäftsbehandlung ein woraufhin die Vorsitzende ihm das Wort erteilt. Anschließend berichtet GV Pacher, dass seine Fragen vorab von der Vorsitzenden gemäß der geltenden K-AGO zurückgewiesen wurden. Die Vorsitzende unterbricht GV Pacher und weist ihn darauf hin, dass er dies zu unterlassen hätte, da sie seinen Antrag zuerst abstimmen müsse. Sodann berichtet GV Pacher, dass es sich hierbei</p>	<p><u>Seite 2, bei GO-Meldung:</u> Als die Vorsitzende die Fragestunde beenden wollte, meldet sich GV Pacher zur Geschäftsbehandlung, woraufhin die Vorsitzende ihm das Wort erteilt. Anschließend berichtet GV Pacher, dass seine Fragen vorab von der Vorsitzenden entgegen der geltenden K-AGO abgelehnt bzw. zurückgestellt wurden. Die Vorsitzende unterbricht GV Pacher und weist ihn darauf hin, dass er dies zu unterlassen hätte, da sie seinen Antrag zuerst abstimmen müsse. Sodann berichtet GV Pacher, dass es sich hierbei zunächst um</p>

<p>um eine Wortmeldung zur Geschäftsbehandlung handle. Im gleichen Atemzug stellt sodann GV Pacher den Antrag zur Geschäftsbehandlung, um die Beantwortung seiner zurückgestellten Fragen von der Vorsitzenden zu beantragen und beginnt die entsprechenden Fragen zu verlesen, woraufhin die Vorsitzende GV Pacher einen Ordnungsruf erteilt und weist sie darauf hin, dass die Sitzung noch nicht eröffnet wurde. Abschließend bringt die Vorsitzende den Antrag zur Geschäftsbehandlung von GV Pacher nicht zur Abstimmung, da die Sitzung noch nicht eröffnet wurde.</p>	<p>eine Wortmeldung zur Geschäftsbehandlung handelte. Infolge stellt sodann GV Pacher den Antrag zur Geschäftsbehandlung, um die Beantwortung seiner zurückgestellten Fragen von der Vorsitzenden zu beantragen und beginnt die entsprechenden Fragen zu verlesen, woraufhin die Vorsitzende GV Pacher einen Ordnungsruf erteilt und weist sie darauf hin, dass die Sitzung noch nicht eröffnet wurde. Abschließend bringt die Vorsitzende den Antrag zur Geschäftsbehandlung von GV Pacher nicht zur Abstimmung, da die Sitzung noch nicht eröffnet wurde.</p>
<p>GV Pacher stellt einen Antrag zur Geschäftsbehandlung zur Klarstellung und erkundigt sich, ob für jede Richtigstellung das Tonband von den Richtigstellern hierzu herangezogen wurde. Dies bestätigt GR Alberer.</p> <p>Beschluss: mehrheitlich abgelehnt. <u>Abstimmungsergebnis:</u> Dafür-Stimmen (6) Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher, Gegenstimme(n) (11) Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Raphael Mack, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Enthaltung(en) (2) Ing. Peter Flaschberger, Harald Derhaschnig,</p>	
<p><u>Seite 4, bei 3.:</u> Nach Wiederaufnahme bringt GV Pacher eine Wortmeldung zur Geschäftsbehandlung ein und bekundet seine Empörung hinsichtlich der fraktionsinternen Vorgehensweise der ÖVP.</p>	<p><u>Seite 4, bei 3.:</u> Nach Wiederaufnahme bringt GV Pacher eine Wortmeldung zur Geschäftsbehandlung ein und kritisiert die fraktionsinterne Vorgehensweise der ÖVP. Bereits im Vorjahr musste eine Angelobung von ÖVP-Gemeinderäten wiederholt werden und auch diesmal sei die rechtliche Lage hinsichtlich der Angelobung vor dem Hintergrund des vorliegenden Widerrufs des Verzichts nicht einwandfrei.</p>
<p>Beschluss: mehrheitlich abgelehnt. <u>Abstimmungsergebnis:</u> Dafür-Stimmen (6) Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher, Gegenstimme(n) (11) Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Raphael Mack, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Enthaltung(en) (2) Ing. Peter Flaschberger, Harald Derhaschnig,</p>	
<p><u>Seite 5, bei 4.:</u> Der Gemeinderat erklärt die neuen Ausschussmitglieder für gewählt. GV Pacher zieht dieses Richtigstellungsbegehren in der Sitzung zurück.</p>	<p><u>Seite 5, bei 4.:</u> Der Gemeinderat erklärt die neuen Ausschussmitglieder für gewählt.</p>

Seite 7, bei 7.:

GV Pacher bekundet, dass er den vorliegenden NTVA nicht zustimmen werde und beschreibt nachfolgend die Gründe dafür. Es seien einerseits die Tarife für das Promenadenbad um 27%, in der GTS die Tarife um 15%, beim Wasser und Kanal die Tarife um 12% und beim Müll die Tarife um 16% erhöht haben. Dies könne er nicht nachvollziehen. GV Pacher weist zusätzlich darauf hin, dass im Rahmen der Änderung der Müllgebührenverordnung die Biomüllverordnung für die kleine Tonne um 38% und die große Tonne um 67% erhöht wurde. Darauf ergäbe sich, dass die Kosten für den Biomüll denen des Restmülls entsprechen würden, was korrigiert werden müsse. Aufgrund der von GR Haider genannten Sachverhalte, werde er dem NTVA nicht zustimmen.

Seite 7, bei 7.:

GV Pacher bekundet, dass er den vorliegenden NTVA nicht zustimmen werde und beschreibt nachfolgend die Gründe dafür. Es seien einerseits die Tarife für das Promenadenbad um 27%, in der GTS die Tarife um 15%, beim Wasser und Kanal die Tarife um 12% und beim Müll die Tarife um 16% erhöht **wurden. Da sich dies im NTVA niederschlägt, werde er diesen ablehnen. Dies könne er nicht nachvollziehen.** GV Pacher weist zusätzlich darauf hin, dass im Rahmen der Änderung der Müllgebührenverordnung die Biomüllverordnung für die kleine Tonne um 38% und die große Tonne um 67% erhöht wurde. **Daraus** ergäbe sich, dass die Kosten für den Biomüll denen des Restmülls entsprechen würden, was korrigiert werden müsse **und weshalb er folglich einen selbständigen Antrag dahingehen einbringt. Auch** aufgrund der von GR Haider genannten Sachverhalte, werde er dem NTVA nicht zustimmen.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (5)

Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Gegenstimme(n) (12)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Erich Göbel, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Raphael Mack, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl,

Enthaltung(en) (2)

Ing. Peter Flaschberger, Harald Derhaschnig,

Seite 13, bei Allfälliges:

GV Pacher beschreibt, dass der Workshop, welcher anlässlich des Masterplans Hauptstraße als weiteren Schritt stattfindet, sehr kurzfristig gewählt wurde und erfragt, ob dies korrigiert und für einen späteren Zeitpunkt angesetzt werden könne. Zudem bittet er GR Faeser, als Obmann des RBL-Ausschusses, die Thematik um den Fußgängerübergang im Zuge der nächsten RBL-Sitzung wieder aufzunehmen. Sodann überreicht GV Pacher der Vorsitzenden eine schriftliche Anfrage gemäß § 43 K-AGO zum Thema „Aufsichtsbehördliche Verfahren 2015 bis 2022“ – Anlage 8.

Seite 13, bei Allfälliges:

GV Pacher beschreibt, dass der **überteuerte** Workshop, welcher anlässlich des Masterplans Hauptstraße als **vermeintlich** weiteren Schritt stattfindet, sehr kurzfristig **terminisiert** wurde und erfragt, ob dies **korrigiert** und für einen späteren Zeitpunkt angesetzt werden könne. Zudem bittet er GR Faeser, als Obmann des RBL-Ausschusses, die Thematik um den Fußgängerübergang **vor der Gemeinde** im Zuge der nächsten RBL-Sitzung wieder aufzunehmen, **da dieser endlich umgesetzt werden solle.** Sodann überreicht GV Pacher der Vorsitzenden eine schriftliche Anfrage gemäß § 43 K-AGO zum Thema „Aufsichtsbehördliche Verfahren 2015 bis 2022“ – Anlage 8.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (5)

Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Gegenstimme(n) (12)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Erich Göbel, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Raphael Mack, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl,

Enthaltung(en) (2)

Ing. Peter Flaschberger, Harald Derhaschnig,

Seite 16.:

Bericht über die im Gemeindevorstand beschlossenen Tagesordnungspunkte

Seite 16.:

Bericht über die vom Gemeindevorstand gefassten Beschlüsse

GV Pacher zieht dieses Richtigstellungsbegehren in der Sitzung zurück.

9. Anfragen und Anträge

Es wurden keine Anfragen und Anträge eingebracht.

Ende der Sitzung: 10:55 Uhr.

Der unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelte Teil wird in einer gesonderten Niederschrift protokolliert.

Gelesen und unterfertigt: